

Vereinigtes Königreich

David Allen

2005 war für das Vereinigte Königreich und seine Beziehung zur Europäischen Union ein besonders wichtiges Jahr. Premierminister Tony Blair und seine Labour-Regierung wurden zum dritten Mal wiedergewählt.¹ Ihre Mehrheit im Unterhaus sank jedoch auf 66 Sitze (2001 waren es noch 167 Sitze gewesen). Kurz nach der Wahl kündigte Tony Blair an, dass er nicht für eine vierte Amtszeit als Premier zur Verfügung stehen würde. Seitdem rissen die Spekulationen um den möglichen Zeitpunkt seines Rücktritts nicht ab. Im September 2006 wurde der Druck dann so groß, dass sich Blair erklären musste: In einem Jahr will er zurücktreten.

Es wird davon ausgegangen, dass Finanzminister Gordon Brown, der die Opposition gegen eine frühe Euro-Einführung in Großbritannien anführt, wohl der Nachfolger von Tony Blair als Parteichef von Labour und damit auch Premier werden wird. Die Ablehnung des Verfassungsvertrags in den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden ermöglichte es der britischen Regierung, ein paar Monate später, ihr eigenes Referendum abzusagen. Tony Blair hatte diesem ohnehin nur zögerlich zugestimmt.

Im zweiten Halbjahr 2005 übernahm die britische Regierung zum sechsten Mal seit ihrem Beitritt 1973 die EU-Präsidentschaft. Es gelang ihr während ihrer Präsidentschaft, einen Kompromiss für die äußerst problematische finanzielle Vorausschau 2007-2013 auszuhandeln.

Am 7. Juli wurden die Londoner Verkehrsbetriebe von einem großen Terroranschlag getroffen, vergleichbar mit denen von Madrid im März 2004. Ein weiterer Anschlag am 21. Juli verursachte zwar nur geringfügigen Schaden, ließ aber die Sorge vor weiteren Anschlägen wachsen. Als Konsequenz aus den Anschlägen von London und Madrid stieg die Aktivität bei der Terrorabwehr auf europäischer wie nationaler Ebene erneut an.

Institutionelle Fragen

Die britische Regierung begrüßte den Verfassungsvertrag und vertrat den Standpunkt, dass er den Rahmen für die wirtschaftlichen und sozialen Reformen abgeben könnte, die so dringend für den Fortschritt der EU gebraucht werden. Ursprünglich hatte die Regierung eine Ratifizierung des Vertrags durch das Parlament und nicht durch eine Volksabstimmung vorgesehen (da sie nicht davon ausgehen konnte, diese zu gewinnen). Doch um die kommenden Wahlen nicht zu belasten – was auch gelang –, stimmte Tony Blair im Frühjahr 2005 einem Referendum zu. Die Ergebnisse in Frankreich und Holland ersparten es ihm, das Referendum wirklich abhalten zu müssen.² Am 9. Juni teilte die Regierung der Öffentlichkeit mit, dass der nach den Wahlen wieder aufgenommene Ratifizierungsprozess

1 Übersetzt aus dem Englischen von Mariano Barbatto.

Sitter, Nick/Henderson, Karen (2006): Political Developments in the EU Member States, in: Journal of Common Market Studies, 44, Annual Review, S. 171-198.

2 Oliver, Tim (2006): CFSP Watch 2005 – United Kingdom, verfügbar unter <http://www.fornet.info/CFSPannualreports2005/CFSP%20WATCH%20UK%202005.pdf>.

zunächst auf Eis gelegt werde. Diese einseitige Entscheidung wurde dann Mitte Juni vom Europäischen Rat bestätigt, der der EU eine „Denkpause“ verordnet hatte. Die britische Regierung interpretierte diese jedoch als „Ruhepause“ – und für den Rest des Jahres 2005 war in der Öffentlichkeit vom Verfassungsvertrag nichts mehr zu hören.

Mit der Zusammensetzung der neuen Kommission unter José Barroso zeigte sich die britische Regierung zufrieden und unterstützte deren Reformfreude. Die Bestellung Peter Mandelson als „britischen“ Kommissar wurde in Großbritannien kontrovers diskutiert, die erfolgreiche Übernahme des Handelsressorts wurde jedoch um so mehr begrüßt. Im 2004 gewählten Europäischen Parlament stellen die Konservativen die größte Gruppe unter den britischen Abgeordneten. Der neue Vorsitzende der Konservativen, David Cameron, kündigte nach seiner Wahl im Herbst an, dass die konservative Gruppe bei den nächsten Europawahlen die Fraktion der Europäischen Volkspartei wegen ihrer „föderalistischen“ Tendenz verlassen werde. Cameron war besorgt, Unterstützung am rechten Rand der britischen Politik zu verlieren, besonders nach dem die UK Independence Party (UKIP) mit ihrer anti-europäischen Haltung zehn Sitze im Europäischen Parlament gewonnen hat.

Im eigenen Land erzielte die Regierung 2005 wenig Fortschritte bei ihrem erklärten Ziel, die Überprüfung der europäischen Gesetzgebung durch das Parlament zu reformieren. 2004 hatte Peter Hain, der Vorsitzende der Labour-Fraktion im Unterhaus, vorgeschlagen, die gegenwärtigen Prüfungsausschüsse im Unterhaus und im Oberhaus durch die Einrichtung eines Großen Europaausschusses zu ersetzen. Doch viele Parlamentarier sahen dies eher als eine kosmetische, denn als eine substanzielle Korrektur an, noch dazu eine, die wohl wenig zur Effizienzsteigerung beitragen würde.³

Im Juli übernahm Großbritannien die Ratspräsidentschaft. Zu Beginn der Präsidentschaft überraschte Tony Blair das Europäische Parlament mit einer furiosen Rede,⁴ in der er zu Reformen bei der Arbeitsweise der EU und ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik aufrief, um die Bürger nach dem Scheitern der Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden wieder an die EU heranzuführen. Die Rede wurde im Parlament gut aufgenommen, doch blieben ihm weder zuhause noch aus den anderen Mitgliedstaaten böse Kommentare erspart, die es ihm übelnahmen, dass nach so langen Jahren, in denen Großbritannien auf dem Status quo beharrte, nun ausgerechnet von Großbritannien bahnbrechenden Reformen eingefordert wurden.

Die Blair-Regierung veröffentlichte eine Prioritätenliste ihrer Präsidentschaft auf der Basis des Mehrjährigen Strategieprogramms des Rats für die 2004-2006 und dem gemeinsamen Arbeitsprogramm von Luxemburg und Großbritannien vom Dezember 2004.⁵ Im Juni 2005 veröffentlichte die Regierung ein Weißbuch für das britische Parlament,⁶ in dem die zentralen Prioritäten bekräftigt wurden:

- Wirtschafts- und Sozialreformen, inklusive der Deregulierung im Sinne des Lissabonprozesses, um die Dienstleistungsrichtlinie und die Arbeitszeitrichtlinie umzusetzen;
- die zukünftige Finanzierung;

3 Confederation of British Industry (2006): UK Parliamentary Scrutiny of EU Legislation, verfügbar unter http://www.cbi.org.uk/ndbs/cbi_bss.nsf/0/80256fa500620dde80256f56003e153c?OpenDocument.

4 Blair, Tony (2005): Speech to the European Parliament, 23. Juni. Verfügbar unter: <http://www.number-10.gov.uk/output/Page7714.asp>.

5 Whitman, Richard (2006): The UK Presidency: In the Hot Seat, *Journal of Common Market Studies*, 44, Annual Review, S. 57-62.

6 Foreign and Commonwealth Office 2006.

- die Reform der Zuckermarktordnung;
- die Fortsetzung der Erweiterung;
- die Stärkung der Rolle Europas in der Welt, mit einem besonderen Schwerpunkt auf der Entwicklungspolitik im Allgemeinen und Afrika im Besonderen. Großbritannien zielte dabei darauf ab, seine EU-Präsidentschaft mit jener der G-8 zu kombinieren, um sowohl entwicklungs- wie umweltpolitische Vorhaben voranzubringen.

Der Abschluss der britischen Präsidentschaft im Dezember 2005 regte sowohl im akademischen Bereich⁷ wie im Außenministerium⁸ zu einer Reihe von Studien an. Die Verabschiedung des Haushalts und die erzielten Fortschritte bei zukünftigen Erweiterungen wurden als positiv gesehen, während die Erfolge bei der Dienstleistungsrichtlinie (die Großbritannien schätzt) von der Stagnation bei der Arbeitszeitrichtlinie (die Großbritannien weniger schätzt) aufgewogen wurden. Die britische Präsidentschaft hat weder die EU besonders vorangebracht noch für mehr Unterstützung für die EU unter den Briten gesorgt. Sie hat die EU allerdings auch nicht zurückgeworfen. Fairerweise kann man wohl sagen, dass sowohl Großbritannien wie die EU die britische Präsidentschaft heil überstanden haben.

Innereuropäische Entwicklungen

2005 spielte Großbritannien eine zentrale Rolle beim Aushandeln eines Kompromisses zur zukünftigen Finanzierung der EU. Die Weigerung Großbritanniens, während der luxemburgischen Präsidentschaft einen Vorschlag zur Finanziellen Vorausschau zu akzeptieren, der 1% des BIP der EU überschreiten oder eine Änderung im britischen Rabattsystem vorsehen würde, gilt als einer der entscheidenden Faktoren für das Scheitern des Europäischen Rats im Juni. Der anfangs durch Blairs Rede erzeugte Optimismus verflüchtigte sich schnell, nachdem die Briten in den ersten Monaten ihrer Präsidentschaft wenig Anstalten machten, Fortschritte im Haushaltsverfahren zu erreichen. Die britische Zielsetzung schien darauf gerichtet, Konzessionen beim Briten-Rabatt mit einer Reform der Ausgabe-prioritäten der EU zu verbinden (einschließlich einer weiteren und substanziellen Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)). Die Briten sahen darüber hinaus Einsparpotential bei den für die neuen Mitglieder vorgesehenen Mitteln aus den Strukturfonds, da diese keine ausreichend hohe Absorbtionsfähigkeit besitzen würden. Am Ende musste Großbritannien davon abrücken, da die anderen Mitgliedstaaten nicht zu einer Revision der 2002 von Frankreich und Deutschland „ausgekarteten“ Einigung bei den Agrarausgaben bereit waren. Im Gegenzug zur Zustimmung zu einem Haushalt, der einen kleinen, aber dennoch signifikanten Einschnitt beim britischen Rabatt beinhaltete (genau genommen wurde jedoch nur ein peinliches Ansteigen des britischen Rabatts vermieden), handelte Blair eine Überprüfung der Agrarausgaben für 2008 aus. Niemand in der britischen Regierung erwartet, dass aus dieser gesichtswahrenden Einigung substanzielle Veränderungen hervorgehen würden. Doch im Großen und Ganzen ist Großbritannien wohl mit seiner erfolgreichen Vermittlung eines Abschlusses zufrieden, der verglichen mit dem Kommissionsvorschlag nur geringfügig über 1% des BIP der EU liegt. Der schließlich erzielte Kompromiss kam

7 Whitman, Richard (2006): The UK Presidency: In the Hot Seat, *Journal of Common Market Studies*, 44, Annual Review, S. 57-62; Whitman, Richard/Thomas, Gareth (2006): Two Cheers for the UK's EU Presidency, *European Research Briefing Paper*, 06/01, Royal Institute of International Affairs. BBC News (2006): The UK EU Presidency scorecard, verfügbar unter: <http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/europe/4533268.stm>.

8 Brewer, Nicola (2006): Surviving the UK Presidency, Rede auf der Konferenz „Leading Europe? The UK Presidency Evaluated“ auf Chatham House am Freitag den 12. Mai 2006.

vor allem aufgrund der deutschen Bereitschaft zustande, ursprünglich für Deutschland vorgesehene Mittel des Strukturfonds zugunsten von Polen umzuschichten.⁹ Die britische Taktik, bis zur letzten Minute nicht einmal Vorschläge für eine Kompromisslösung vorzulegen, wurde von den anderen Mitgliedstaaten wenig geschätzt, die etwa die versäumte Gelegenheit auf dem informellen Gipfel von Hampton Court im Oktober beanstandeten. Wäre die britische Taktik nicht aufgegangen, hätte sich Großbritannien viel Kritik anhören müssen. Da aber eine Einigung erzielt wurde, die jedoch vielleicht ohnehin zustande gekommen wäre, zollten ihm die anderen Mitgliedstaaten den gebührenden Respekt – die Parallele der britischen EU-Präsidentschaften von 2005 und 1992 ist verblüffend, als die britische Präsidentschaft in Edinburgh ebenfalls mit einer Einigung zur Finanziellen Vorausschau endete.

Im März 2005 bekräftigte der Europäische Rat die Agenda von Lissabon. Diese Zielsetzung liegt Tony Blair am Herzen, nicht zuletzt deshalb, weil sowohl Zielsetzung wie Methode (Methode der offenen Koordinierung anstelle der traditionellen Gemeinschaftsmethode) von ihm stammen. Worin Blair mit zahlreichen seiner Amtskollegen nicht übereinstimmt, ist die Frage, welche Mittel zu wählen sind, um dieses Ziel zu erreichen. Die Blair-Regierung möchte die EU vor allem durch Deregulierung, Vereinfachung oder Abschaffung bestehender EU-Regeln und durch die Öffnung des Markts für Dienstleistungen reformieren, so wie es über die Jahre bei der Marktöffnung für Waren der Fall gewesen ist. Zu diesem Zweck ist die britische Regierung bestrebt, die Verabschiedung der Dienstleistungsrichtlinie voranzutreiben, die das Prinzip des Ursprungslands einschließt – doch 2005 blieb sie dabei erfolglos. Auf der anderen Seite liegt der britischen Regierung rein gar nichts an den Regelungen der Arbeitszeitrichtlinie, die möglicherweise die Arbeitszeit für Arbeitnehmer auch gegen deren Willen auf 48 Stunden begrenzen würde. Zur Zeit besteht für Großbritannien und andere Staaten die Möglichkeit, manche Regelungen der Arbeitszeitrichtlinie nicht anzuwenden. Die britische Präsidentschaft erreichte durch eine Verschleppung der Reform ihr (unerklärtes) Ziel, dass alles so bleibt, wie es ist. Trotz einiger kleinerer Fortschritte, etwa beim REACH-Programm, das auf die Verbesserung der Chemikalienregelung abzielt, würden doch nur wenige behaupten wollen, dass Blair echte Fortschritte bei seinem erklärten Ziel einer radikalen Reform der Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU gemacht hätte.

Obwohl die Briten ihr Ziel einer grundlegenden Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik verfehlten, gelang ihnen doch ein vorzeigbarer Erfolg bei der Reform der Zuckermarktordnung, als sie im November eine Vereinbarung aushandeln konnten, die innerhalb der nächsten vier Jahre den von der EU garantierten Zuckerpreis – in Verbindung mit Ausgleichszahlungen von 60 Mio. Euro an AKP-Staaten – um 36% senken wird (ein Einschnitt, der ein Stück weit die jährlichen Ausgaben von 4,6 Mrd. Euro für diesen „archaischsten“ Posten der GAP drosseln wird).

Die Anschläge am 7. Juli in London zu Beginn der britischen Präsidentschaft haben natürlich die Besorgnis in der EU über den Terrorismus anwachsen lassen; parallel dazu hat sich das britische Interesse an EU-weiten wie nationalen Gegenmaßnahmen verstärkt. Die Briten warben zunächst mit Erfolg für die Unterstützung einer EU-weiten Harmonisierung der Datenerfassung bei Telefongesprächen und im Internet. Doch eine vollständige

⁹ Whitman, Richard (2006): The UK Presidency: In the Hot Seat, *Journal of Common Market Studies*, 44, Annual Review, S. 57-62.

Harmonisierung der Anti-Terror-Strategien kam nicht zustande, da einige Mitgliedstaaten Besorgnis über die Konsequenzen einer solchen Harmonisierung für die Bürger- und Menschenrechte äußerten. Diese Bedenken wuchsen 2005 mit den Enthüllungen über das Redition-Programm der USA, bei dem die von der US-Terrorabwehr „außerordentlich überstellten“ Terrorverdächtigen auch von europäischen Flughäfen aus rund um den Globus verbracht wurden. Die Bombenanschläge in London nährten die Besorgnis in Großbritannien wie in anderen EU-Mitgliedstaaten, dass Großbritannien (und mit ihm seine Partner) wegen der Unterstützung der US-Politik in Afghanistan und Irak ins Visier der Terroristen geraten war. Dies könnte vielleicht erklären, warum Großbritannien nicht so erfolgreich um Unterstützung für die neue irakische Regierung und den Wiederaufbau im Irak bei seinen europäischen Partnern werben konnte, wie es sich das gewünscht hätte.

Dennoch wurden 2005 substanzielle Fortschritte im Bereich der Innen- und Justizpolitik erzielt. Es ist bezeichnend, dass in diesem Politikbereich die Unterstützung der Briten für die Zusammenarbeit in der EU sogar soweit ging, dass sie sich für die Ad-hoc-Einführung von Mehrheitsentscheidungen aussprachen. Trotz der potentiell „föderalistischen“ Tendenz von Europol und Eurojust sind die Briten sehr für einen engen Informationsaustausch bei der Bekämpfung von Terrorismus und organisiertem Verbrechen und unterstützten beispielsweise uneingeschränkt den Europäischen Haftbefehl. Die Nationale Britische Polizeiakademie in Bramshill wird Gastgeber des Sekretariats der Europäischen Polizeiakademie, und die Briten sind überzeugte Unterstützer der Europäischen Agentur für Grenzschutz und eines Europäischen Visainformationsdiensts. Zur Folge hat dies die schnelle und weitgehende Europäisierung des davor „uneuropäischsten“ britischen Ministeriums – des Innenministeriums.

Außenpolitische Entwicklungen

Wie vielleicht erwartet, spielte Großbritannien eine zentrale Rolle bei der Entwicklung der außenpolitischen Rolle der EU. Es konnte seine doppelte Präsidentschaft der EU und der G-8 sehr gut nutzen, um sein eigenes Interesse wie das der EU am multilateralen Management der internationalen Beziehungen voranzubringen. Blairs besondere Leidenschaft (abgesehen von seiner festen Entschlossenheit, als Brücke zwischen den USA und der EU zu dienen) galt 2005 Afrika und der Reform der Entwicklungspolitik, mit der Zielsetzung, die ärmsten Länder besser zu erreichen. Blair ist ein vehementer Verfechter einer größeren und gezielteren Finanzhilfe. Dabei tritt er für die Einhaltung von Mindestnormen bei Menschenrechten und Good Governance in den Empfängerländern ein (Politische Konditionalität). Er verfißt darüber hinaus eine verbesserte Zusammenarbeit in der Entwicklungshilfe sowohl auf globaler Ebene (die EU zusammen mit den G-8) wie auf der Ebene der EU als auch zwischen der europäischen und der nationalen Ebene. Die Konzentration auf Afrika stellt eines der wenigen politischen Themen dar, bei denen Tony Blair und Gordon Brown einer Meinung sind. Gemeinsam haben sie messbare Erfolge beim Vorantreiben der Regionalisierung der EU-Politik gegenüber den AKP-Ländern erreicht und die EU wie die G-8 auf eine Erhöhung der Entwicklungshilfe verpflichten können.

Die Fortschritte, die bei der EU-Entwicklungspolitik gemacht wurden, reichten jedoch für Großbritannien nicht aus, um die EU-Position ganz zu übernehmen und so die Doha-Entwicklungsrunde der WTO vorantreiben zu können. Dies führte dann im Dezember auch prompt zu wenig erfolgreichen Gesprächen beim WTO-Treffen in Hongkong. Die EU hat sich zwar dazu verpflichtet, die Subventionierung von Agrarexporten bis 2013 einzu-

stellen, doch das geht Großbritannien nicht schnell genug. Die britische Regierung erzielte dennoch einen kleinen Erfolg bei den WTO-Gesprächen, als sie Frankreich daran hinderte, den Vertretungsanspruch der Europäischen Kommission für die EU bei Handelsfragen zu untergraben – ein bemerkenswertes Beispiel britischer Unterstützung für die Ausübung europäischer Kompetenzen.

Die zweite Priorität Großbritanniens in den Außenbeziehungen ist die Erweiterung. Je zögerlicher die anderen, wie etwa Frankreich, werden, um so mehr drängt das Vereinigte Königreich auf die Fortsetzung des Erweiterungsprozesses. Allerdings wurde 2005 auch zum ersten Mal größere Besorgnis laut angesichts der zunehmenden Anzahl von Arbeitsmigranten aus den neuen Mitgliedsländern in Großbritannien. Die Briten sind immer für die EU-Mitgliedschaft der Türkei eingetreten und waren deshalb entschlossen, den vereinbarten Start der Beitrittsgespräche im Oktober 2005 auch durchzusetzen. Die Gespräche wurden zwar aufgenommen, doch kam den Briten der Umstand zur Hilfe, dass die neue deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel erst verspätet die Regierungsgeschäfte übernahm. Wenn dies früher der Fall gewesen wäre, hätte sich daraus eine durchsetzungsstarke Unterstützung für Österreich ergeben können, das am deutlichsten seine Besorgnis über einen Beitritt der Türkei artikuliert hatte. Österreich konnte beschwichtigt werden, indem die britische Präsidentschaft auch Verhandlungen mit Kroatien aufnahm, dem die UN volle Kooperationsbereitschaft mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das frühere Jugoslawien bestätigt hatte. Unter der britischen Präsidentschaft wurden auch die Verhandlungen mit Rumänien und Bulgarien vorangetrieben und Mazedonien erhielt den Status eines Beitrittskandidaten – alles mit voller britischer Unterstützung.

Auf dem Westlichen Balkan unternahm die EU 2005 ihre bisher ehrgeizigste Militäroperation:¹⁰ EU-Truppen (EUFOR) unter britischem Kommando lösten die NATO-Operation (SFOR) ab. Auch die Entsendung einer EU-Monitoring-Mission ins indonesische Aceh und einer EU-Polizeimission zur Unterstützung der Palästinenser-Behörde fanden unter britischer Präsidentschaft statt. Unter einem britischen Vorsitzenden setzte die Europäische Verteidigungsagentur ihre Bemühungen um die europäische Rüstungsproduktion fort und die Briten waren dazu bereit, sich böse Blicke der Amerikaner zuzuziehen, als unter ihrem Vorsitz Gespräche zur Aufhebung des Waffenembargos gegen China geführt wurden. Die Briten waren hingegen weniger erfolgreich hinsichtlich der EU-Politik gegenüber dem Irak. So war es für die Briten enttäuschend, dass unter ihrer Präsidentschaft keine Vertretung der EU in Bagdad eröffnet werden konnte.

Zusammen mit Frankreich, Deutschland und dem Hohen Repräsentanten der EU, Javier Solana, sind die Briten seit 2003 an dem Versuch beteiligt, das Problem der iranischen Atompolitik zu lösen. Obwohl der Rest der EU anscheinend glaubt, dass in dieser Frage der EU damit gedient ist, von den Großen Drei und dem Hohen Repräsentanten (EU-3 + 1) vertreten zu werden, hat die Politik als solche wohl wenig ausgerichtet. Auch wenn die EU beanspruchen kann, dass sie auf die Politik der USA Einfluss ausüben konnte, jedoch nicht auf die des Iran. Die Briten sehen die Iran-Initiative aber auch als grundsätzliche Chance für eine Verbesserung der GASP. Die Regelungen des Verfassungsvertrags zur Außenpolitik beurteilen die Briten als sehr positiv. Großbritannien ist deshalb bereit, schon vor einem formellen In-Kraft-Treten des Vertrags möglichst viele der

10 Allen, David/Smith, Michael (2006): Relations with the Rest of the World, in: *Journal of Common Market Studies*, 44, Annual Review, S. 155-170.

vorgesehenen Veränderungen umzusetzen. So waren die Briten 2005 gerne bereit, Solana so zu behandeln, als wäre er bereits der EU-Außenminister, oder dem weiteren Aufbau der Europäischen Verteidigungsagentur auch ohne Vertragsgrundlage zuzustimmen.

Die Briten blieben natürlich weiterhin sehr besorgt um die Beziehungen der EU zu den USA. Tony Blair blieb bei seiner Überzeugung, dass Großbritannien nicht vor der Wahl zwischen der EU und den USA steht, sondern dass vielmehr die dringende Notwendigkeit besteht, eine Brücke zwischen beiden zu schlagen. Die Briten standen an vorderster Front, um den Schaden, der im Vorfeld des Irakkriegs 2003 entstanden war, wieder gut zu machen. Blair betonte insbesondere, wie sehr die EU zusammen mit der UNO und Russland den USA bei der Suche nach einer Friedensregelung für den bzw. die Nahost-Konflikte helfen könne. Bei Wirtschaftsbeziehungen zu den USA fanden sich die Briten eindeutiger als bei sicherheitspolitischen Themen im Lager der EU wieder. Großbritannien war ganz zufrieden mit dem Gewicht der EU, das diese bei Handelskonflikten mit den USA auf die Waage bringt. Im November erzielte die britische Präsidentschaft einen großen Erfolg beim allerersten Abschluss eines Luftfahrtabkommens zur Liberalisierung des Luftfahrtmarkts zwischen der EU und den USA.

Abschließend sollte vermerkt werden, dass es scheint, als hätten die Briten nur eine marginale Rolle bei der Klimapolitik der EU übernommen. Festgehalten werden kann, dass das zweite Europäische Programm zur Klimaänderung, das von der Kommission im Oktober 2005 vorgelegt wurde, ein größeres Gewicht auf technologisch ausgerichtete Lösungen legt und somit den USA mehr entgegenkommt.¹¹ Auf der Klimakonferenz in Montreal setzte sich die EU deshalb besser durch, „als man es von der britischen Präsidentschaft hätte erwarten können.“¹² In Montreal wurde eine Arbeitsgruppe vereinbart, die die Emissionsziele für die Post-Kyoto-Phase 2013-2017 beschließen soll. Die Briten würden jedoch behaupten, dass diese Vereinbarung durch ihre geschickte Einbindung von China und Indien bei den Umweltgesprächen auf dem Gipfeltreffen der G-8 unter ihrer Präsidentschaft und durch ihr vorsichtiges Werben um die USA möglich geworden sei.

Zusammenfassung

Ende 2005 überschlugen sich die Spekulationen über den möglichen Zeitpunkt von Tony Blairs Abschied aus dem Amt und über die Möglichkeit einer Niederlage seines Nachfolgers bei den nächsten Wahlen (entweder 2009 oder 2010) gegen den neuen Führer der Konservativen Partei David Cameron. Zum ersten Mal seit langer Zeit war die EU ein kaum kontroverses Thema in der britischen Politik: Die Regierung wie alle Oppositionsparteien nahmen die Denkpause nach dem vorläufigen Scheitern des Verfassungsvertrags dankbar an. Wenn die Dinge in Frankreich und Holland anders gelaufen wären, hätte sich das Vereinigte Königreich Ende 2005 auf ein Referendum zum Verfassungsvertrag für 2006 vorbereiten müssen, dem später möglicherweise eines über die Einführung des Euro gefolgt wäre. Am Ende der britischen Präsidentschaft konnte Tony Blair einen messbaren Erfolg mit der Verabschiedung der Finanziellen Vorausschau vorweisen, die zum ersten Mal eine Reduktion des Briten-Rabatts beinhaltete, ohne dass damit sichtbare innenpolitische Kosten verbunden waren.

11 Whitman, Richard/Thomas, Gareth (2006): Two Cheers for the UK's EU Presidency, European Research Briefing Paper, 06/01, Royal Institute of International Affairs.

12 Ebda, S. 6

Weiterführende Literatur

- Allen, David/Smith, Michael (2006): Relations with the Rest of the World, in: *Journal of Common Market Studies*, 44, Annual Review, S. 155-170.
- Blair, Tony (2005), Speech to the European Parliament, 23. Juni. Verfügbar unter: <http://www.number-10.gov.uk/output/Page7714.asp>.
- Brewer, Nicola (2006), Surviving the UK Presidency, Rede auf der Konferenz „Leading Europe? The UK Presidency Evaluated“ auf Chatham House am Freitag den 12. Mai 2006.
- BBC News (2006): The UK EU Presidency scorecard, verfügbar unter: <http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/europe/4533268.stm>.
- Confederation of British Industry (2006), UK Parliamentary Scrutiny of EU Legislation, verfügbar unter: http://www.cbi.org.uk/ndbs/cbi_bss.nsf/0/80256fa500620dde80256f56003e153c?OpenDocument.
- Foreign and Commonwealth Office (2005), Prospects for the EU in 2005, Command 6250, Februar.
- Foreign and Commonwealth Office (2005a), Prospects for the EU in 2005: The UK Presidency of the European Union, Command 6611, Juni.
- Hearl, Derek (2006): The Luxembourg Presidency: Size Isn't Everything, in: *Journal of Common Market Studies*, 44, Annual Review, S. 51-55.
- Johnson, Debra (2006): Developments in the Economies of Member States Outside the Euro Area, *Journal of Common Market Studies*, 44, Annual Review, S. 213-230.
- Oliver, Tim (2006): CFSP Watch 2005 – United Kingdom, verfügbar unter: <http://www.fornet.info/CFSPannualreports2005/CFSP%20WATCH%20UK%202005.pdf>.
- Sitter, Nick/Henderson, Karen (2006): Political Developments in the EU Member States, *Journal of Common Market Studies*, 44, Annual Review, S. 171-198.
- Whitman, Richard (2006): The UK Presidency: In the Hot Seat, *Journal of Common Market Studies*, 44, Annual Review, S. 57-62.
- Whitman, Richard/Thomas, Gareth (2006): Two Cheers for the UK's EU Presidency, European Research Briefing Paper, 06/01, Royal Institute of International Affairs.